

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 19. März 1929
11. Jahrg. Nummer 66

Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Einzelnummer 15 Pf. Die Jahrgangspostgebühr beträgt 1,00 Mk. über deren Raum 12 Pf. Vereins- und Versammlungsansagen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreizehnteillige Wochenschrift über deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme lt. des Haupt-Expeditions 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Krawatten-Gasse 50, Telefon 580 89. Postfach 1011. Filial-Expeditionen: Breslau 54, Krawatten-Gasse 50, Telefon 259 02. Expedient der Redaktion von 12-18 Uhr, Wochenschrift der Redaktion von 17-18 Uhr. — Filiale Expeditionen: Glatz, Glatzer-Gasse 10, Telefon 1000; Glatz, Krawatten-Gasse 50, Telefon 1000; Glatz, Krawatten-Gasse 50, Telefon 1000. — Verlag: Glatz, Krawatten-Gasse 50, Telefon 1000. — Druck: „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Krawatten-Gasse 50.

Keine Lohnerhöhung für die Eisenbahner! Reichsbahnverwaltung fordert Beibehaltung der Hungerlöhne bis 1930

U. Berlin, 19. März. Der „Börsen-Courier“ meldet: Zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und den Gewerkschaften fanden am Montag Verhandlungen über die Erhöhung des Lohnes statt. Zu einem positiven Ergebnis ist es jedoch nicht gekommen. Nach einer längeren Begründung der Ablehnung einer Erhöhung des Lohnes machten die Vertreter der Reichsbahnverwaltung den Vorschlag, die bisherigen Lohnsätze unkündbar bis zum 31. März 1930 neu zu vereinbaren. Dieser Vorschlag wurde von den Vertretern der Gewerkschaften als vollständig unzulässig bezeichnet. Da die Vertreter der Reichsbahn über weitere Vollmachten nicht verfügten, verlangten die Gewerkschaften eine weitere Verhandlung mit dem Generaldirektor. Die Gewerkschaften betrachten die Lage in Anbetracht der gesamten Verhältnisse als sehr ungeeignet.

Vor einigen Tagen schrieb die sozialdemokratische Presse, so auch die Breslauer „Volkswacht“, von einem zu erwartenden Streit (1) der Eisenbahner. Damit sollte den Eisenbahnern glaubhaft gemacht werden, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer unter allen Um-

ständen die geforderte Lohnerhöhung durchsetzen wollen und selbst vor einem Streit nicht zurückschrecken werden. Auf diesen Dreh dürfen die Eisenbahner nicht hereinfallen. Die reformistischen und feindseligen Gewerkschaftsführer werden nichts unternehmen! Sie werden sich höchstens durch einen „unparteiischen“ Schlichter „vergegenwärtigen“ lassen, aber einen Streit werden sie nicht organisieren.

Das sind sie schon ihren Koalitionskollegen schuldig, die den Etat nach den Grundsätzen der Sparsamkeit auf Kosten der Sozialpolitik und auf Kosten der Hungerlöhne der Eisenbahner und der Gehälter der unteren Beamten aufstellen. An den Millionenausgaben für die imperialistische Aufrüstung, an hohen Ministergehältern und hohen Pensionen für höhere Beamte wird natürlich beim Hilfsdienst-Etat nicht gespart.

Die Eisenbahner müssen selbst die Organisation des Kampfes in die Hand nehmen, indem sie sofort Kampfleitungen wählen und gegen den Willen der bremsenden Führer den Streit organisieren. Nur so wird es ihnen möglich sein, den Widerstand der Reichsbahnverwaltung zu brechen und die Lohnbewegung mit Erfolg abzuschließen!

Die SPD. verhindert Enthüllung des Konfordatschachers

Berlin, 10. März.

Der Beginn der Vollziehung verzögerte sich, da die Sitzung des Nationalrates länger als erwartet dauerte. Aufse wie „Anfangen!“ usw. wurden laut, und als der Präsident die Sitzung mit etwa einundvierzigstündiger Verspätung eröffnete, wurde ihm ein kräftiges „Guten Morgen!“ zugerufen. — Vor Eintritt in die Tagesordnung schloß das Haus die von der kommunistischen Fraktion beantragte sofortige Beratung ihres Antrages auf unverzüglichen Abschluß der Konfordatschacher Verhandlungen mit den Stimmen der Sozialdemokraten ab.

Als dann Genosse Grube bei der Begründung eines Antrages seiner Partei wegen der Zusammenhänge in Währden heftige Angriffe gegen die Nationalsozialisten richtete und sie als „faschistische Mörderbande“ kennzeichnete, kam es zu färschenden Fundgebungen der Nationalsozialisten. Auch der zweite kommunistische Antrag wurde abgelehnt.

Das schamlose Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion beweist wieder einmal das infame Doppelspiel der SPD-Führer rechter und „linker“ Couleur. Während sie im Verband für Frei-denker gegen das Konfordat Kampf markieren und in Volksversammlungen löbliche Phrasen gegen die Pfaffen verzapfen, verhindern sie im Landtag die Enthüllung des Geheimchachers mit der Kirche.

In der wichtigen Massenversammlung, die am Sonntag vor acht Tagen in Breslau gegen das Konfordat stattfand und zu der die SPD. mit ausgerufen hatte, wurde am Schluß ein Telegramm angenommen, in dem die Preußenregierung aufgefordert wurde, sofort die Konfordatsverhandlungen abzubrechen. Die anwesenden SPD-Führer stimmten unter dem Druck der Massen diesem Telegramm zu. Im Landtag aber pfeifen sie auf die Beschlüsse und auf den Willen der Arbeiter und begünstigen die Geschäfte ihres Ministerpräsidenten-Genossen mit der Kirche. Jeden sozialdemokratischen Arbeiter, insbesondere die proletarischen Freidenker in Breslau, sollte diese schändliche Haltung seiner Führer zu der Erkenntnis bringen, daß in der SPD. kein Platz mehr für ehrliche Klassenbewußte Arbeiter sein kann.

Rote Betriebsräte überall!

Der Glanzersieg der Opposition in der Berliner Verkehrs-A.G.

Wir meldeten bereits gestern, daß die Betriebsratswahlen in der Berliner Verkehrs-A.G. einen Glanzersieg der roten Gewerkschaftsopposition gebracht haben. Die Liste 4 (Gewerkschaftsopposition) hat die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erhalten und damit eine Mehrheit von 17 revolutionären Kollegen gegen 13 des schwarzweißroten Blods im Arbeiterrat dieses für Berlin entscheidenden Betriebes. In den drei getrennten Arbeiteräten (Untergrundbahn, Straßenbahn und Abzug) waren von etwa 70 Mitgliedern nur 17 Oppositionelle, etwa 25 Prozent. Bei den jetzigen Wahlen errang die Opposition 17 von 30, gleich 57 Prozent.

Der Listenführer der oppositionellen Liste, den Genossen Adolf Deter, haben die Gewerkschaftsbürokraten vor den Wahlen aus dem Verband ausgeschlossen. Die übrigen Kandidaten sind mit Ausschluß bedroht. Die Gewerkschaftsbürokratie wird sich sicherlich jetzt aber schwer hüten, ihre Drohungen in die Tat umzusetzen.

Dieser gewaltige Sieg der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Berlin hat nochmals gezeigt, daß das Berliner Proletariat hinter der kommunistischen Partei und gegen die gelben Trussosozialisten steht!

Roter Sieg im EW. Dresden

Die Betriebsratswahlen in den Betrieben des Städtischen Elektrizitätswerks Dresden haben zu einem überwältigenden Sieg der Opposition geführt. Die Betriebsratsliste setzt sich diesmal aus sieben Oppositionellen gegenüber zwei Reformisten zusammen. Dieses Ergebnis ist um so bedeutungsvoller, als es sich hier um ein Vorgeficht für die noch bevorstehenden Wahlen in den übrigen städtischen Betrieben, insbesondere bei der städtischen Straßenbahn, handelt. Im Kraftwerk Hirschfelde konnte die Opposition gleichfalls zu einem guten Erfolge kommen. Die reformistische Mehrheit des jetzigen Betriebsrates entfaltete eine infame Deke gegen die Opposition und ließ von der Mehrheit der freigewerkschaftlichen Funktionärerversammlung den Beschluß fassen, nur eine rein reformistische Liste aufzustellen. In der Betriebsversammlung stellte die Belegschaft als aktive Betriebsräte zwei Kommunisten und zwei mit uns Sympathisierende, und als Ergänzung einen Kommunisten und einen Sympathisierenden gegen den Willen der Reformisten auf.

6 zu 1 in Freital in Gachsa

In der Glasfabrik Gebr. Malky, Freital i. Sa., hat die oppositionelle Betriebsratsliste einen glänzenden Sieg errungen. Aus der Betriebsratswahl gingen sechs Oppositionelle und nur ein Reformist als Gewählte hervor. Dieses Resultat ist deshalb besonders interessant, weil vorher in der freigewerkschaftlichen Funktionärerversammlung eine Betriebsratsliste aufstellen wollten, auf der vier Reformisten an der Spitze standen und nur drei Kommunisten an letzter Stelle.

Das sind nur einige Meldungen über den gewaltigen Vormarsch der Opposition bei den diesjährigen Betriebsratswahlen. Sie bestätigen die Wichtigkeit der neuen Taktik der Partei bei den Betriebsratswahlen. Wäre die Gewerkschaftsopposition vor der Bürokratie zurück-

geschreckt, wie es die aus der Partei ausgeschlossenen Hausen, Steffen und Co. empfahlen, so hätte sie diese wichtigsten Positionen nicht erreicht. Die Siege zeigen, daß die revolutionäre Arbeiterschaft unsere taktische Wendung billigt und uns in unserem verstärkten Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien unterstützt.

Die bevorstehenden Wahlen in Schlesien und Oberschlesien werden unzweifelhaft ebenfalls mit einem Erfolg für die revolutionäre Opposition enden. In den Betrieben, wo die Kandidaten noch nicht aufgestellt sind, müssen unsere Genossen sofort mit verdoppelter Energie ans Werk gehen. Es gilt, den Reformismus an seiner empfindlichsten Stelle — in den Betrieben — zu schlagen und nur rote oppositionelle Betriebsräte zu wählen!



So muß es überall kommen!

Dreizehn Todesopfer des Imperialismus Absturz eines Riesensflugzeuges

Newyork, 18. März.

Bei dem Absturz eines großen Passagierflugzeuges in der Nähe des Flugplatzes von Newark im Staate Newjersey sind nach Berichten aus Newark 13 Personen getötet und zwei verletzt worden. Das Flugzeug wurde im Zusammenhang mit regulären Vergnügungsfahrten über die Insel Manhattan benutzt und führte drei Meilen nordöstlich vom Flugplatz ab.

Es handelt sich um ein Riesen-Torb-Flugzeug, das mit drei Motoren und 15 Personen zu einem Rundflug über Newjersey und Newyork aufgestiegen war. Schon beim Start der Maschine bemerkte man, daß die Motoren nicht ganz einwandfrei arbeiteten und der Apparat schwer ausstieg. Als sich die Maschine in etwa 200 Fuß Höhe befand, setzte plötzlich einer der drei Motoren aus und der Führer schickte sich an, zu landen. Der Abstieg ging auch soweit glatt vonstatten, bis der Apparat plötzlich über den Eisenbahnanlagen der Jersey Central Railroad ins Wanken geriet. Auf den Schienen stand ein Güterwagen und dem Führer gelang es nicht mehr, diesen zu überfliegen, um auf dem dahinterliegenden freien Gelände die Notlandung vorzunehmen. Das Flugzeug raste mit aller Gewalt gegen den Güterwagen und wurde vollkommen zertrümmert. Der Führer und Begleiter, die sich im offenen Führerhok befanden, wurden herausgeschleudert, und blieben etwa 20 bis 30 Meter weiter schwer verletzt liegen. Die sich in der Kabine aufhaltenden 13 Personen — darunter eine Frau — wurden buchstäblich zermalmt. Der Anprall war so stark, daß selbst der schwere mittlere Motor herausgeschleudert wurde und nieder auf die Passagiere fiel.

Das Riesensflugzeug war zum Kolonial-Flugdienst bestimmt und sollte in den Dienst des amerikanischen Imperialismus gestellt werden. Die 13 Getöteten gehören zu der gewaltigen Armee der Todesopfer, die bereits die Vorbereitung des kommenden imperialistischen Krieges verschlungen hat.

Der Schiedsbruch im oberbergschlesischen Bergbau gefällt

U. Rattowitz, 18. März. Der von der oberbergschlesischen Bergarbeiter-schaft schon seit Wochen erwartete Schiedsbruch im Lohnstreit ist am Montagmorgen nunmehr vom Schlichtungsausschuß gefällt worden. Es wurde eine fünfprozentige Lohnerhöhung rückwirkend ab 1. März für sämtliche Lohnkategorien bewilligt. Selbstverständlich hat dieser Spruch sowohl unter den Gewerkschaftsvertretern, als auch unter der Arbeiterschaft die größte Erregung hervorgerufen. Die Lohnforderungen beliefen sich belamntlich auf 25 Prozent, und es wurde von Arbeiterseite mit einer Erhöhung von mindestens zehn bis zwölft Prozent der jetzigen Löhne gerechnet. Von gewerkschaftlicher Seite wird mit einer Ablehnung des Schiedspruchs unter allen Umständen gerechnet.

Hermann Müllers Befehnis zum Krieg

Er rüffelt den „linken“ Landesverräter Cassain-Breslau

Die deutschnationalen Reichstagsfraktionen hat bekanntlich im Reichstags-Tag eine Interpellation eingebracht, die sich gegen den angeblichen „Landesverräter“ der „linken“ Sozialdemokraten wendet. Die Interpellation stützt sich in erster Linie auf die Mehrprogramm-Broschüre, die von dem „Klassenkampf“-Kreis um Levi und Seydewitz herausgegeben worden ist. Zu dem deutschnationalen Vorstoß nahm der Reichstagsler Hermann Müller, zugleich Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in seiner Rede am 18. März Stellung. Bezeichnend ist es der „Vorwärts“, Zentralorgan der SPD, der diese Rede Müllers am ausführlichsten wiedergibt. Nach dem „Vorwärts“-Bericht erklärte der sozialdemokratische Reichstagsler:

„In der Broschüre ist eine Meinung des Juristen Cassain (er handelt sich um den „linken“ Cassain, Breslau) enthalten, daß die Sozialdemokratie den Barren des Landesverrats nicht zu fürchten habe, da sie lediglich Pflichten gegen das Proletariat habe. Ich lehne solche Meinungen entschieden ab, zumal die Sozialdemokratische Partei niemals solche Anschauungen vertreten hat. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat dies beim Erscheinen dieser Broschüre öffentlich festgestellt: Solche Anschauungen sind nicht im Wege des Jahres, sie entspringen einem Art eingetragenen Wahnwitz.“

Hermann Müller ist wahrlich kein Landesverräter und der sozialdemokratische Parteivorstand ist es auch nicht! Man könnte immerhin meinen, daß Hermann Müller sich darauf beschränken wird, das festzustellen. Aber er ging über diese Feststellung weit hinaus. Herr Müller, der selbst nicht daran glaubt, hatte gefordert, daß die Sozialdemokratische Partei nur Pflichten gegen das Proletariat und gegen keine andere Klasse anerkennen sollte. Wir denken gar nicht daran, antwortet ihm im Namen des sozialdemokratischen Parteivorstandes der Reichstagsler Hermann Müller. Für uns sind nicht die Interessen des Proletariats, sondern die Interessen der Bourgeoisie maßgebend.

Offener und cynischer ist wohl noch nie von einem sozialdemokratischen Führer angegeben worden, daß die Politik, die von der SPD getrieben wird, im Interesse der Ausbeuter liegt. Hermann Müller, der sich gegenüber den Deutschnationalen verantwortete, erhob das Sakrament zum Grundgesetz sozialdemokratischer Politik.

Die Unbekümmertheit, mit der Hermann Müller nach Severing und anderen über das radikale Geschwätz der „linken“ SPD-Führer zur Tagesordnung übergeht und es vor verammeltem Forum der bürgerlichen Parteien preisgibt, beweist zur Genüge, was diese „linken“ Schaumschlägerreden praktisch wert sind. (Die „Volksmacht“ magt bisher nicht eine Zeile des Angriffs gegen Hermann Müller, der ihren Genossen Cassain, den Vorsitzenden der größten linken SPD-Ortsgruppe, wie einen Schulbuben abgezankelt hat.) Weit davon entfernt, die Politik der SPD zu bestimmen oder zu verändern, sind sie vielmehr nur ein willkommenes Vehikel für den sozialdemokratischen Parteivorstand und die SPD-Minister, ihre sozialimperialistische Treue zu den Diktatoren der Bourgeoisie noch schärfer zu unterstreichen.

Der Berliner Bezirksparteitag der SPD einmütig für die Linie der Partei

Am 16. und 17. März tagte in Berlin der 17. Bezirksparteitag des Bezirks Berlin-Brandenburg-Lausitz der SPD. Es waren, wie die Randatsprüfungs-Kommission feststellte, 167 Delegierte anwesend, davon 120 aus Berlin und 42 aus der Provinz, 10 Delegierte von der Jugend. Diese Delegierten waren von den Parteiarbeiterkonferenzen der Verwaltungsbezirke gewählt, wo von 2190 Teilnehmern insgesamt nur 57 Rechte und Verhörer waren, inbegriffen solcher, die sich der Stimme enthalten hatten, die übrigen standen auf der Linie der Partei. Infolgedessen waren auf der Parteikonferenz nur Delegierte anwesend, die die Parteilinie vertreten. Ein einziger Verhörer, der erklärt hatte, auf der Parteilinie zu stehen,

hatte sich auf den Bezirksparteitag eingeschmuggelt. Ihn wurde infolge dieser Irreführung der Parteivorsitz einmütig das Mandat aberkannt. Der Parteitag, der von Wilhelm Pried eröffnet wurde, hatte eine Begründung von der Partier Bruderorganisation erhalten, die gleichfalls am selben Tage ihren Parteitag abhielt und in einem Telegramm die Aktivität der Berliner Organisation im Kampf gegen den Opportunismus begrüßte.

Den Geschäftsbericht erstattete Genosse Hans Besser, der nach einer Darstellung der politischen und organisatorischen Arbeit der Partei darauf hinwies, daß in der Bezirkspartei die Parteiorganisation in Berlin einen entscheidenden Ausschlag genommen hat, und daß das Ergebnis des innerparteilichen Kampfes eine erbärmliche Mehrheit für das B. und die Kommintern sowie eine Verwerfung der opportunistischen Auffassung der Rechten und Verhörer ist.

Den Bericht über den 8. Weltkongress, die politische Lage und die Aufgaben der Partei gab Genosse Pried. Anschließend referierte Genosse Scheller über die imperialistische Kriegsgefahr und die Küstungsposition der SPD.

Ueber die Wirtschaftskämpfe und die Aufgaben der Gewerkschaftsopposition referierte Genosse W. Rasper.

Die Debatte zielte die einmütige Stellungnahme der Delegierten für die Linie der Kommintern.

Die Resolutionen über die politische Lage und die Aufgaben der Partei, ferner die Resolution zur innerparteilichen Lage und eine Reihe besonderer Resolutionen über die zu leistende Arbeit der Partei wurden einstimmig ohne Stimmeneinstellung angenommen.

Es wurde eine neue Parteileitung gewählt, und zwar eine durchaus hegemonische Parteileitung, in der kein Platz für die Rechten und Verhörer ist. Sie besteht aus 106 Mitgliedern. Besonders Gewicht wurde auf die Vertretung der Großbetriebe und der verschiedenen Industriezweige gelegt.

Ferner wurden für den Reichsparteitag nach demselben Grundsatze 34 Delegierte gewählt. Die Wahl erfolgte einstimmig.

Vom Tage

In der gestrigen Vollziehung des Sachverständigen-Ausschusses in Paris wurde erklärt, daß als erste Jahreszahlung von französischer Seite 1,8 Milliarden angesetzt, aber von keiner Seite angenommen worden sein soll. Die Sitzung dauerte zwanzig Minuten.

In der gestrigen Reichstagsitzung wurde das Baukreditgesetz angenommen. Dann folgte die Beratung des Nachtragshaushalts, bei der Genosse Neubaer den Betrug an den Beamten entlarvte. (Wir bringen morgen einen ausführlichen Bericht über die Rede unseres Genossen.)

In der Dokumentationskammer hat die Berliner Polizei weitere Verhaftungen vorgenommen und eine Reihe von Durchsuchungen durchgeführt, die den Beweis ergeben, daß es sich bei den Fälschungen um eine organisierte Gesellschaft zur Verleumdung der Sowjetunion handelt.

Seit Januar bestehen in der Berliner Mühlenindustrie Lohn-differenzen, die bisher auf friedlichem Wege nicht beigelegt werden konnten. Die Mühlenarbeiter sind am Montag in den Streik getreten. Der Schlichtungsausschuss hatte einen Schlichtungsanspruch gestellt, der sowohl von den Gewerkschaftsvertretern als von den Vertretern des Unternehmertums angenommen wurde, den aber nachträglich die Unternehmer ablehnten.

Später wurde es noch sehr gemütlich. Hanneß, Grothe und Sultow spielten, und man sang dazu gemeinsam Volks-, Wander- und Kampflieder. Zwischen durch regitierte Grothe aus dem lustigen Salz-butz u. a. m. Schließlich sagte Frau Ruders: Singen Sie uns doch mal eins alleine vor, Herr Sultow. Er war zwar nicht in Stimmung, konnte aber den Wunsch des Geburtstagskindes nicht ausschlagen. „Was, was wird denn gewünscht?“ fragte er, die Lautenwürbel anziehend.

„Lied.“ hat März, „De Sur und de Pap.“ wollte Grothe hören. Vater Ruders wünschte sich das Lied vom Lo-bal-bal, während die Samariter „Schwaba-Hupfer!“ bestellten. „Das Geburtstagskind hat den Vortritt.“ rief Sultow, aber Frau Ruders sagte: „Spielen Sie nur, was Ihnen gerade im besten gefällt, ich höre alles gerne.“ Eine Weile frick er sinnend über die Saiten und begann plötzlich unvermittelt in Ross:

Es fiel ein Reiz in der Frühlingsnacht; Er fiel auf die garten Blau-Blümelein. Sie sind verwelkt, verdorret.

Ein Knabe hatte ein Mädchen lieb, Sie zog ganz leis von Hanse fort; Es mußten's weder Vater noch Mutter.

Sie sind gewandert wohl hin und her, Sie hatten nirgend Glück noch Stern. Sie sind verdorben — gestorben.

Nach ehe die schwermütigen Nachfallorbe verklungen waren, begann die lustige Kriegerwitwe „Bravo“ zu rufen und in die Hände zu klatschen.

„Warum heute so traurig; fang doch lieber was Heiteres zum Geburtstags.“ sagte Grothe. Aber die Frauen widersprachen. Nach-dem er noch eine böse Ballade gesungen, hat die Kriegerwitwe, ihr Liebingslied singen zu dürfen. Sultow wollte sie begleiten.

Ruders brummte unwillig: Später, Aenne, später, und Hanneß kniffte ihr küßlich in die Rippen. Sie aber begann sofort mit viel Schwarm und viel zu singen:

Gohldes Blümeh Mähmrettich, Wo biest du zu fienähä, Blähäh du nur auf Bähgähäh Dbehr in das Laßles Grünähäh?

„Du hast es auch nötig!“, knurrte Ruders in seiner Sojadede. Alles zeigte, was sie aber nicht abhielt, auch die folgenden Verse herunterzuliefern.

„Das ist ja entsetzlich!“, lästerte Sultow, der versucht hatte, ein bißchen mitzuklappern.

Reichstarif für das Baugewerbe abgeschlossen

Jetzt haben die Bauarbeiter das Wort!

Die zentralen Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Reichstarifvertrages für das Baugewerbe, die vom 11. bis 14. März in Berlin geführt wurden, sind zum Abschluß gebracht worden. Danach soll die Vertragdauer zwei Jahre (1) betragen, wenn die beidseitigen Verbände für die Annahme des Reichstarifvertrages sich entscheiden. Wird der Vertrag angenommen, soll die Unterzeichnung am 30. März erfolgen, ebenso sollen die bezüglichen Verhandlungen zur Regelung der Löhne sofort aufgenommen werden und in der Zeit vom 2. bis 6. April abgeschlossen sein. Die Erklärungsfrist für die bezügliche Regelung der Löhne ist bis zum 9. April vorgezogen. Auf alle Fälle aber gelten die neuen Löhne ab 11. April 1928; auch dann, wenn andere Instanzen darüber entscheiden müssen.

Sobald uns der Vertrag vorliegt, werden wir uns auf ihn näher eingehen. Das eine sei aber heute schon gesagt, ein Reichstarifvertrag, der die Forderungen der Bauarbeiter nicht erfüllt, wird auf den Widerstand der gesamten Bauarbeiter-Masse stoßen.

Die Lage in China

Generale Fung und Jenkschau gegen Tschangkaifeng

Nach Londoner Meldungen hat der General Fung, der bisher Kriegsminister bei der Nanjing-Regierung war, seinen Posten niedergelassen und sich von der Nanjing-Regierung lösgelassen. Fung beherrscht die Provinzen Kansu, Schensi, Honan und Szechuan, deren Kuomintang-Organisationen sich entschieden gegen den Kuomintang-Kongress in Nanjing wenden, und sich weigern, die Beschlüsse anzuerkennen. Mit dem General Fung hat sich der Innenminister der Nanjing-Regierung, General Jenkschau, solidarisch erklärt und demissioniert.

In den Erklärungen der beiden Generale wenden sie sich mit größter Entschiedenheit gegen Tschangkaifeng und fordern dessen sofortigen Austritt. Durch diese Beschlüsse ist die Lage in China wesentlich verschärft worden, der Ausdruck des Bürgerkrieges ist unvermeidlich.

Schließung der Madrider Universität

Auf die letzten Studentenunruhen hat die Regierung mit der Schließung der Universität in Madrid bis Oktober 1930 geantwortet. An die Stelle der Professoren, die von ihrem Amte suspendiert wurden, treten königliche Kommissare. Weniger hart werden die Universitäten in der Provinz betroffen, die nur für einen Monat geschlossen werden. Die bei den Unruhen verhafteten Studenten sind zu Gehängnisstrafen bis zu einem Monat verurteilt worden und in ihre Heimatorte zur Verbüßung der Strafe beordert worden. In einer Denkschrift an die Regierung haben die Universitätsprofessoren die Duldung der Studenten verteidigt.

Ueber diese neue Maßnahme Primo de Rivera ist die Beobachtung sehr erbittert, die Stimmung ist auch weiterhin gereizt, und es wird erneut damit gerechnet, daß der Belagerungszustand verhängt wird.

Zwölfte Grubenunfälle in Waldburg

Am 18. März, Waldburg, 18. März. Auf der Ruben-Grube der Neuroder Kohlen- und Zementwerke in Pohlenz wurden durch einen zu Bruch gehenden Pfeiler mehrere Bergleute erschlagen. Ein Steiger und ein Bergmann wurden durch die eisenen Träger erschlagen, während die übrigen verschütteten Bergleute noch lebend geborgen werden konnten. Auf der Ruben-Grube im Waldburger Revier verunglückte am Montagmorgen der Tagelöhner Oskar Dörmel aus Waldburg. Er erlitt auf dem Holzplan durch herabrollende Stämme schwere Verletzungen, denen er in kurzer Zeit erlag.

Hamburger Wähler währen oppositionell

Am Donnerstag fanden im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter in Hamburg in der Session Wähler die Wahlen zum Sektionsvorstand statt. An Stelle des bisherigen reformistischen Vorstandes wurden nur Kollegen der Opposition mit großer Mehrheit gewählt.

Die nächste Erwerbslosen Ausgabe der „N.S.“

enthält u. a. einen Artikel über das Thema: „Der Schwindel mit der Ausbeutung der Reisensicherung“ (die Richtlinien des Landesarbeitsamtes Schlesien). Diese Zeitung muß von jedem Erwerbslosen gelesen werden. Bestellt man sie?

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolstadt

Auf seine schicksalhaften Hoffnungen hatte sich auch solche Auf-jücht gelegt, die „Stomantill des Bergarbeiterlebens“ war endgültig vorbei. Er sah jetzt diese höllische, schwarze Stadt so grenzenlos, wie sie selber grenzenlos erschien. Alles Rohe, Häßliche, Widerwärtige, was irgendwo das Arbeiterleben verdamnungswürdig gestalten konnte, jäh hier in seiner abstraktesten Form konzentriert zu sein. Als läge ein unbegreiflicher Fluch über dieser bizarren Gegend und ihren Menschen. Vom Fluch der Arbeit hatte er mal irgendwo gelesen. Wer konnte den Hauchspuch, ihn zu lösen?

Bei Ruders begrüßte man den späten Gast mit lautem Hallo. „Se später der Abend, desto besser die Leute!“ rief der Alte, ihm die Hand entgegenstreckend, während Mutter Ruders ihn hinaus nach der Küche ließ, um Kaffee nachzubrühen.

„Das ist recht, daß du noch gekommen bist.“ sagte Max Grothe, der hier ganz wie zu Hause schien und sich das Jodett ausgezogen hatte. Hanneß machte ihn mit den Anwesenden bekannt. Eine ältere ledige Schwester von Ruders, eine Nachbarsfrau mit ihrem Mann, der sich aber den ganzen Abend nicht um sie kümmerte, und zwei junge Gesellen aus dem Arbeiter-Jugendklub, wo sowohl Hanneß wie März Mitglied waren. Dann war da noch eine Geschäftsbeginn von März, ein kleines, vermielertes Ding, das kaum den Mund anzumachen wagte, wenn man sie ansprach, und schließlich eine etwas dreißigjährige, torpente Person von etwa fünfundsiebzig Jahren mit Pfefferbuschhaaren, die ein ziemlich großes Wort sagte.

„Eine entfernte Verwandte von Ruders.“ lästerte Grothe ihm zu. „Hat 1917 Kriegstrübsung gemacht. Kaum, daß ihr Mann weg war, ging sie mit anderen los. Jetzt sind sie auseinander. Er ist irgendwo bei den Matrosen. Bei der launst du — wenn du willst — leicht was werden.“

„Danke für das.“ sagte Sultow und wandte sich März zu, die eben mit einer Kanne Bier zerküßte. „Darf ich vorstellen: Herr Sultow.“ lästerte Grothe.

M März blinnte ihn ernst an. „Das ist auch bald nötig, Sie sind uns ja schon fremd geworden.“ sagte sie leise in vorwärtsweisendem Ton — Sultow wurde rot.

M März, zum Donnerwetter, Wädel, wo bleibt das Bier? Willst du uns verdrücken lassen? Nachher kommt ihr auch Pandenlang erzählen,“ überhob ihn der Vater einer Antwort.

Max Grothe begann plötzlich wie ein Schloßhund zu heulen. „Wenn ich das schöne Weib von der Aenne höre, wird mir immer ganz weh zumute.“ sagte er, sich die Augen wischend. „Dann denke ich nämlich immer daran, wie wir 1914 zum ersten Male als Schlach-tvieh nach Belgien gefahren wurden.“

„Habt ihr da dieses Lied auch gesungen?“, fragte sie erglos.

„Nein, bewahret! Aber die Wagen-schmelter hatten das Schmier-geld verlossen, da quatschen die Wagen auch so entsetzlich, daß man am liebsten defektiert wäre.“

„Was wiederholte vor Lachen.“ „Du bist ja ged.“ sagte sie, und tat fünf Minuten lang besidigt.

Zum Abendbrot widelte jeder seine Schnitten aus. Nur Sultow hatte nichts mitgebracht.

„Eine Schnitte fällt schon ab, es ist ja nur wegen der Brotkarte“, sagte Frau Ruders.

Die Witwe aber schob ihm ein paar die mit Käse belegte Brote zu. „Essen Sie nur, Herr Sultow, ich gebe es Ihnen gerne“, sagte sie mit jählichem Augenaufschlag. Nachher beim Gesellschafts- und Wädel-spiel wurde sie noch deutlicher und wußte es immer so einzurichten, daß sie an seiner Seite saß, obwohl er ihr seinen Widerwillen deutlich zu erkennen gab.

Max Grothe war schier unermüdlich im Ausschicken immer neuer Scherz- und Schelmstrolche. Bald sah sie jemand mit verbundenen Augen in ein Sengglas, bald wurde ein anderer mit Salzwasser gelobt, schließlich die ganze Gesellschaft mit Kampenruß angepöppelt. Zu-leht pöpte er sich grotesk als Pöppel aus und tanzte einen politischen Kratzen, wobei die anderen in die Hände klatschen mußten, während er sang:

Das Roß, das hat vier Beine,
An jeder Ecke eine,
Und hat sich auch nicht Schwanz,
Ist nahe auch nicht ganz,
Violine Draht kaputt,
Nacht hat immer wupp, wupp, wupp,
Ist sich Kofle hart wie Stein,
Nimmt sich Kamrad Kranzschän!
Ist sich Kofle melch wie Mist,
Nacht hat Kamrad Ubersicht!

„Kinder, reißt bloß nicht noch die ganze Bude in Lump,“ rief Ruders, sich den Bauch vor Lachen haltend.

(Fortsetzung folgt.)

Seitens des Verlags: Für den politischen Teil Arthur Dambrowski für „Bericht und Kritik“ und „Waldburg“ Wilhelm Helwig für „Recht“, „Wahrheit“ und die übrigen Beiträge Arthur Dambrowski, sämtlich in Dresden. — Für den literarischen Teil Georg Kreis in Rudolstadt. — Für Druckarbeiten.

„Haubiken und Bajonette, die ultimo ratio“

Das „Berliner Tageblatt“ hat Herrn Ulrich vom DMB zu seiner Spaltungspolitik im DMB offen beglückwünscht. Jetzt nimmt auch die Zeitung „Mit Gott für König und Vaterland“, die „Preussische Kreuzzeitung“, zu der „Neuen Taktik der Kommunisten“ Stellung. Die „Kreuzzeitung“ kennt die Rolle der SPD als Retter des Kapitalismus, sie sieht die Gefahren, die dem Kapitalismus drohen, wenn die reformistische Bürokratie weiter den Einfluß auf die Massen verliert.

Die kommende Situation ist zweifellos sozialrevolutionär, aber die freigewerkschaftlich-sozialdemokratische Bürokratie ist nicht sozialrevolutionär und kann es auch nicht sein, ohne sofort das Weimarer System gerade vom Sozialpolitischen her aufs schwerste zu erschüttern — und so ist nichts natürlicher, als daß sie jetzt daran geht, die kommunistischen „Fraktionen“ mundtot zu machen. Tempora mutantur et nos in illis (die Zeiten ändern sich und wir mit ihnen — D. Red.) — die SPD geht heute noch damit haufieren, daß sie einst, um des Sozialistengesetzes willen, unter ein Ausnahmegesetz gestellt worden ist, aber im gleichen Atemzuge, da sie sich darüber beklagt, stellt sie die SPD im des Sozialrevolutionären willen gleichfalls unter ein Ausnahmegesetz.

Interessant ist, wie die „Kreuzzeitung“ die faktische Wendung der kommunistischen Partei beurteilt:

„Aber freigewerkschaftlich organisiert sind etwa fünf Millionen, christlich-gewerkschaftlich organisiert sind etwa zwei Millionen und die anderen Richtungen zugeordnet, wird die achte Million kaum erreicht — die überlegende Mehrzahl aller Proletarier in Deutschland ist also gewerkschaftlich unorganisiert... und darum wendet sich, wie schon im Ruhrkonflikt, die von der Parteiarbeiterkonferenz der SPD beschlossene neue Taktik diesen Unorganisierten zu... und wenn die SPD jetzt für die Betriebsräteurnwahlen fordert, daß auf die freigewerkschaftliche Kandidatenliste auch Unorganisierte gesetzt werden können, daß das gerade geschehen muß, um dem Gedanken der „Arbeiterdemokratie gerecht zu werden“, so rollt sie damit eine Frage grundsätzlicher Art auf, die... der SPD eine Waffe in die Hand drückt, mit der sich die frei-

gewerkschaftlich-sozialdemokratische Bürokratie in wahrscheinlich kurzer Zeit, was ihren Einfluß anbetrifft, beseitigen läßt.“ Es ist, aufs ganze gesehen, der gefährlichste Schlag, den die SPD bisher gegen die freigewerkschaftlichen Organisationen und damit gegen die SPD und damit aber auch gegen das Weimarer System geführt hat.

Welche Folgerungen zieht daraus die „Kreuzzeitung“, nachdem sie scharf die für die Bourgeoisie schwierige politische Lage, die Rolle der SPD und die Gefahren für den Bestand des kapitalistischen Systems erkannt hat, die sich aus der Taktik der SPD ergeben? Was die Ulrich und Dusemann noch nicht offen aussprechen, das spricht die „Kreuzzeitung“ um der Klarheit der kommenden Entscheidungen willen offen und brutal aus:

„Es läßt sich da schon denken, daß die freigewerkschaftlich-sozialdemokratische Bürokratie eines Tages gezwungen sein kann, dem Ausnahmegesetz, das sie jetzt gegen die SPD zu erlassen drauf und dran ist, mit jenem Mittel Wirksamkeit zu verschaffen, das überall und zu jeden Zeiten die ultimo ratio ist: Haubiken und Bajonette.“

Die Spaltung der Gewerkschaften ist nur ein Anfang — Haubiken und Bajonette gegen die Arbeiter sind die Konsequenzen. Dieser Appell richtet die offene Konterrevolution an die SPD. Sie muß die Politik des offenen Faschismus durchführen. Das Weimarer System ist überlebt, es genügt bei den zugespitzten Klassengegensätzen nicht mehr zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie. Es genügt nicht, die Kommunisten aus den Gewerkschaften herauszuschmeißen, die Gewerkschaften zu spalten. Die Reformisten sollen zur ultimo ratio greifen, zu Haubiken und Bajonetten. Die Zeiten haben sich geändert und die SPD mit ihnen — aber die SPD muß noch weiter gehen, sie muß noch härtere Proben für den Kapitalismus ablegen — Haubiken und Bajonette werden wieder von ihr gefordert.

Die sozialdemokratischen Führer sind dazu zweifellos ebenso bereit wie zur Spaltungs- und Ausschlußkampagne in den Gewerkschaften. Nicht die Haltung der Reformisten, sondern das Handeln der proletarischen Massen wird die Hoffnungen der Reaktion zunichte machen.

lungen bevorstehen und die reformistische Bürokratie nicht das geringste Interesse daran hat, einen Kampf zu führen, und sie will deshalb die Führer der Gewerkschaftsopposition schon möglichst vorher unschädlich machen.

Neuer SPD-Bretschwindel

Die sozialdemokratische „Dresdener Volkszeitung“ vom 12. März berichtet darüber, daß in der Zahlreiche Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes der letzte Kommunist und Auslanddelegierter Georg Hofmann, der seit zwei Jahren dort tätig ist, wegen Unterschlagung seines Postens entlassen wurde. Er hatte sich an den Beitragsgebern der Mitglieder mit ziemlich hohem Betrag vergelassen. Die Unterschlagung ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Das ist nach den vielen entlarften anderen, der neueste sozialdemokratische Bretschwindel. Tatsache ist, daß Hofmann als Delegierter seines Betriebs zwar als Auslanddelegierter fuhr, aber niemals Mitglied der kommunistischen Partei gewesen ist. Er war vielmehr 20 Jahre Mitglied der SPD und seit Ende vorigen Jahres parteilos. Das Wichtigste aber ist, daß Hofmann die Unterschlagungen in einer Zeit begangen hat, als er noch Mitglied der SPD war. Dies kennzeichnet zur Genüge die neueste Augenmehlung der SPD-Presse.

Ulrich-Aufs in Hamburg

In Hamburg hat sich die DMB-Bürokratie in ihrer Ausschlußwut gegen die Opposition ein besonders starkes Stück geleistet. Nachdem sie auf Antrag des reformistischen Betriebsratsvorsitzenden Ritz von Meng & Hambrook drei oppositionelle Kollegen dieses Betriebs bereits ausgeschlossen hat, weil sie Flugblätter der Gewerkschaftsopposition verteilt hatten, wurde jetzt auf den Antrag eines anderen reformistischen Denunzianten von der Reichslegation gegen drei oppositionelle Arbeiterratsmitglieder der Werk das Ausschlußverfahren eingeleitet. Der Grund dafür ist der, weil diese drei in einer Arbeiterratsitzung der Werk beantragten, zur Aufstellung der Betriebsratskandidaten eine allgemeine Betriebsversammlung einzuberufen! Das war für die reformistische DMB-Bürokratie Ursache genug, dem Antrag auf ein Ausschlußverfahren stattzugeben.

Unerhörte Maßregelung oppositioneller Betriebsratskandidaten

Bei der Firma Gebrüder Langer in Chemnitz wurden fünf oppositionelle Betriebsratskandidaten gemahregelt und auf das Straßengäßchen geworfen. Die Genossen hatten den Fehler begangen und auf den ungeheuren Druck der Reformisten, die sie mit dem Ausschluß bedrohten, ihre Vorschlagsliste zurückgezogen. Darauf folgten die Entlassungen. Als Grund derselben wurde „Arbeitsmangel“ angegeben. Das Merkmal ist, daß der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Wilhelm Delsner seine Zustimmung zu den Maßregelungen gegeben hat. Dies kennzeichnet die offene Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Reformisten gegen oppositionelle Betriebsräte. Die Direktverwaltung des DMB, an die sich die Entlassenen zwecks Klage beim Arbeitsgericht wandten, erklärte, „nichts in der Sache unternommen zu können, weil der Betriebsrat dem Einspruch nicht stattgegeben hat.“ (!)

Abrechnung mit Gewerkschaftsvertretern

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in Halle hatte zum Donnerstag die Metallarbeiter zu einer Versammlung gegen die Spaltungspolitik der Reformisten zusammengerufen. Vollständig war die gesamte aktive Mitgliedschaft des DMB erschienen, um gegen die Zerstückelung ihrer Organisation und für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu demonstrieren. Es war eine Versammlung gegen die Spalter, für die Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes. Nach Referat und ausgiebiger Diskussion wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Halleischen Metallarbeiter schärfsten Protest gegen das den Verband schädigende Vorgehen der Reformisten erheben und insbesondere die Spaltungskreberje verurteilen. Des weiteren spricht sich die Resolution für das Kampfprogramm der revolutionären Metallarbeiter aus.

In Chemnitz sprach sich die freigewerkschaftliche Betriebsversammlung der Botan-Zimmermann-Werke sowie die Betriebsversammlung der Firma Erlich gegen den Spaltungskurs und Ausschlußterror der reformistischen Verbandsbürokratie aus.

Die Spalter an der Arbeit

Nachdem die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer im Berliner Metallarbeiterverband den unerhörten Revers beschlossen haben, gehen auch die „linken“ Metallarbeiterführer in Leipzig mit Spaltungsmahnahmen vor. Der bekannte „linke“ DMB-Bevollmächtigter Schäfer erklärte, daß alle Mitglieder des DMB, die auf oppositionellen Betriebsratslisten kandidieren, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Gegen 40 bei der Großen Leipziger Straßenbahn und 10 in der Lampenfabrik Schneider beschäftigte Verbandsmitglieder soll das Ausschlußverfahren sofort eingeleitet werden.

In Halle a. d. S. bemüht jetzt die Verbandsbürokratie die aus der SPD ausgeschlossenen rechten Liquidatoren Drescher und König zur Durchführung der Spaltung. Drescher leitete sich jetzt einen heillosen Streik. Die Direktverwaltung des DMB Halle hatte schon vor längerer Zeit die Einberufung einer Mitgliederversammlung beschlossen, in der zu den Spaltungskreberjen Stellung genommen werden sollte. Die Angestellten König und Drescher sabotierten fortgesetzt die Einberufung dieser Mitgliederversammlung. Nun berief die Opposition eine Metallarbeiterversammlung nach dem Volkspark ein. Daraufhin drohte Drescher, daß alle Metallarbeiter, die diese Versammlung besuchen, den Ausschluß zu gewärtigen haben. Die Halleischen Metallarbeiter werden selbstverständlich auch gegen die Drescher und König den Kampf aufnehmen, die jetzt sogar noch die reaktionärsten Bürokraten bei der Unterdrückung des Bestimmungswortes der Mitglieder übertreffen.

Unter Führung der reformistischen DMB-Direktverwaltung in Dresden ist jetzt gegen 36 oppositionelle Gewerkschaftler das Ausschlußverfahren eingeleitet worden. Dieselben hatten es „gewagt“, auf der oppositionellen Kandidatenliste zur Wahl der Ortskrankenlassenvertreter in Dresden-Weidenau zu kandidieren. In diesem Drie hatte die Opposition entsprechend ihrer Stärke verlangt, daß der Vorstand und die Ausschlußmitglieder bei der Ortskrankenlassenwahl paritätisch zusammengesetzt würden. Die Reformisten lehnten das brüst ab. Daraufhin wurde eine eigene oppositionelle Liste aufgestellt,

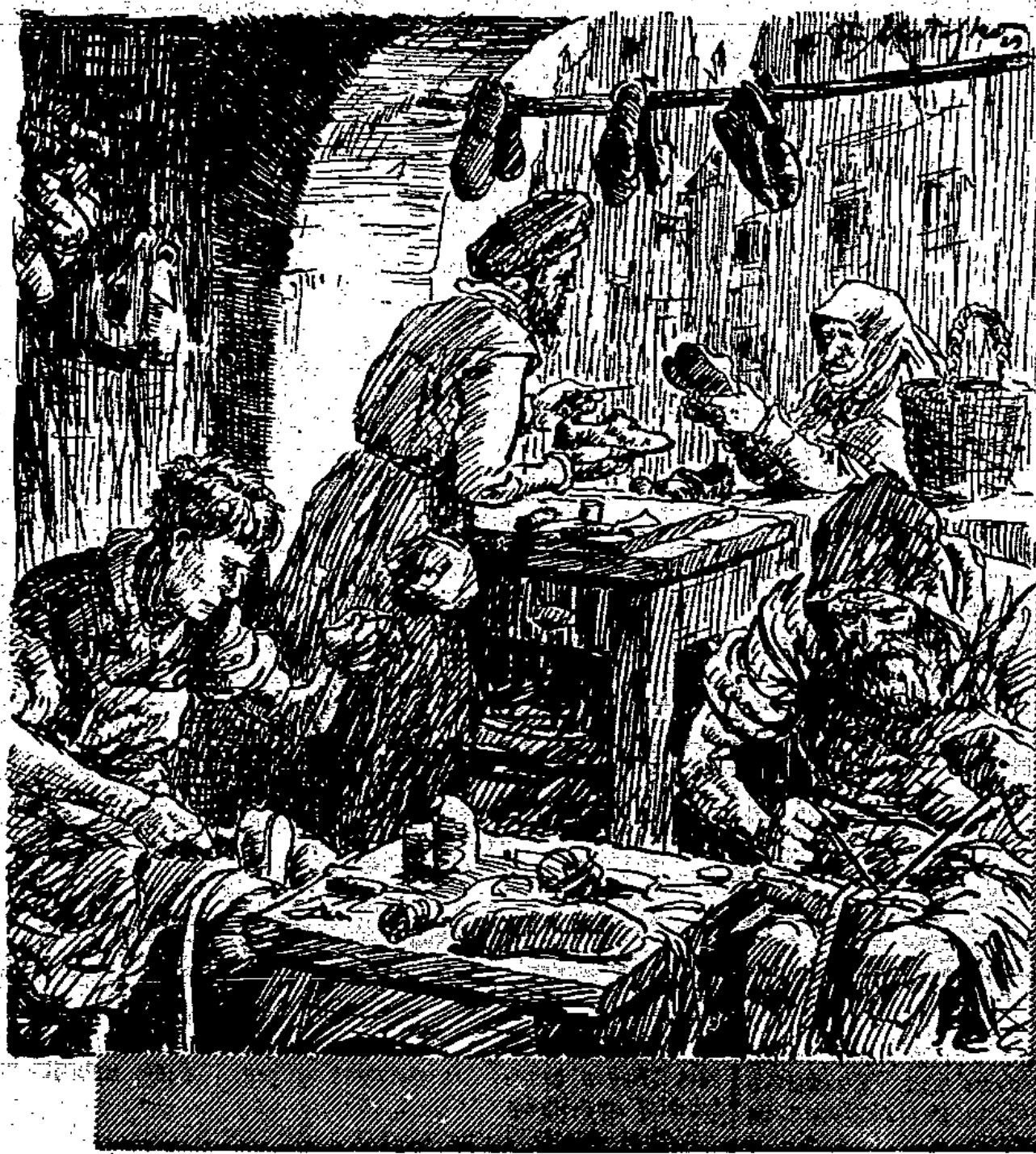
die der Opposition 1421 Stimmen und 16 Mandate und den Reformisten nur 980 Stimmen und 11 Mandate brachte. Der Vorstand setzt sich aus fünf Oppositionellen und drei Reformisten zusammen. Das Ausschlußverfahren ist nur eine Folge der ungeheuren Wamage, die sich die Reformisten durch diesen Sieg der Opposition geholt haben.

Die Thüringer reformistischen Gewerkschaftsführer, insbesondere in Jena, wollen den Ulrich und Konsorten in Berlin nicht nachsehen. Verschiedentlich hat man bereits den oppositionellen Gewerkschaftsfunktionären, wie zum Beispiel im Erfurter Betriebsbund, Spaltungskreberje vorgelegt. Der Jenaer DMB-Angestellte, Richter, hält diesen Schritt aber schon für ganz überflüssig; er schließt sofort aus! So jetzt in Jena zwei DMB-Mitglieder, weil sie Propaganda für die oppositionelle Betriebsratsliste bei der Firma Zeiß gemacht haben. Sie stehen dabei noch nicht einmal auf der Kandidatenliste. Der Kollege Wörtels wurde ebenfalls ausgeschlossen, weil er oppositionelle Flugblätter vor dem Zeiß-Betrieb verteilt hat. Die Ausschlußwut in Thüringen ist um so größer, als die Lohnverhand-

10 Jahre „A.-Z.“

Die nächste Wochen-Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ erscheint als Jubiläumsnummer

Werktätige, verlangt überall danach



Unser die Heimat!

In Zünften zusammengeschlossen gewinnt Schlesiens Handwerk stetig an Bedeutung. Zunehmende Kunstfertigkeit, des Handwerkers Arbeit tragen den Heimatnamen nicht nur in deutsche Lande, sondern darüber hinaus in die ferne Welt. Und noch heute erinnern Orts- und Straßennamen, wie Goldberg, Schmiedeberg, Goldschmieden und in Breslau die Schuhrücke, die Schmiedebrücke und die Weißgerbergasse an des Handwerkers stolze Vergangenheit in Schlesien.

Im Herzen Schlesiens schaffen Tatkraft und Fleiß

RARITÄT 4 Pf

die Cigarette des Schlesiens!

o. Mdst. n. Gold n. Kork

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G.M.B.H.

Die Zelle / von Georg W. Bijet

Die Klüppeln hüpfen wie kleine Stütze über unseren Köpfen. Aus dem blauen Nebel einer Schneefraße...

Montag. — Hier und dort in grünen, besonnenen und dann schrien die Räder, freischien und rannien irrsinnig durch den Raum.

Montag. Beginn einer neuen Schicht von Schäften und Gedankenspielen. Schamel acht Stunden eine Stadtstraße füttern.

Tempo! Tempo! Das Tempo der Zeit quersicht aus unseren Leibern den letzten Rest. Kressch im Echo aus unseren Brülhen!

In der Pause schon sind wir schlapp gekippt, stoßen appetitlos ein fleischlich zubereitetes Essen in das Gedärm.

Der kleine Peter? Schiebt sich durch den Speisesaal. Seine Augen streifen unruhig über jeden Anwesenden.

Vier Mann sind wir zusammen in diesem Werk, das von Streikpropheten und Stachelschneern vollgepumpt ist.

Lene von der Packerlei ist die einzige Frau in dem Werk, die die Augen offen hat.

Wir vier sind eine Zelle, Montags mittig beraten wir immer unser Wochenprogramm.

Wibbing machte ein skeptisches Gesicht: „Schnappt nicht über uff einmal!“

„Was soll damit?“ warf Wibbing ein. „Eine Betriebsleitung wird daraus, Genossen!“

Dienstag wird die Zeitung fertig gemacht. Ein paar arbeitslose Genossen verteilen sie am Mittwochs morgen.

„Meine Frauen sind höher. Wenn sie paar abfallen,“ warf sie zurüd. „So daß am Freitag eventuell schon eine Zusammenkunft betrefis der Wahlliste erfolgen kann.“

Am Abend sichten wir bei Peter das Material. Wir stanzen darüber, was da alles in seinem Notizheft aufgezeichnet steht.

Sorgsam tippit Lene alles ab. Peter malt die Zeichnungen hinein und schleppt das Ganze zum Spaltographen der Partei.

Mittwoch morgen, vor anderem Fabrikator ist aufgeregter Betrieb. Drei, vier Genossen vertreiben die Zeitung.

Wie eine Bombe ist unser Blatt in die Stachelschneer geschlagen. Diskussionen an allen Ecken und Enden.

grünen beipflanzend. Der Aufruf zur Sammlung aller Freigewerkschaftlichen unter einer Liste macht Eindruck und Empathie.

Wortschlag — in der Vorgesprächung beratiger Spitzeliten — hat Peter die Versammlung der Zelle bei ihm auf den Abend und in ein Lokal verlegt.

„Die Sozialdemokraten wollen mitmachen. Ein Teil der Indifferenten gleichfalls.“

Genosse Wibbing macht Einwendungen wegen seiner Kandidatur. „Alle müssen wir ran, Genosse.“

Die Freitagssitzung verläuft zufriedenstellend. Die Liste ist besetzt mit 6 Männern und einem Vorstehenden.

Am Sonntag prangten die Anzeigen in der Tagespresse. Montag morgen wurde nochmals eine Auflage davon verteilt.

Korruptional Verrat! Hochmal's Verrat! Schulten bis zum Weißbluten! Alle mühten wir jetzt mit unserer Junas das zwischen.

Peter wurde entlassen. Montagmittag übergab ihm der Meister die Papiere. Wir waren empört.

Peter erhob Protest beim Arbeitsgericht; brachte den Vorfall in die Zeitung. Montagabend noch hatte er ein Flugblatt getippt.

Eine schwüle Stimmung lagerte über allen. Die Freigewerkschaftlichen trumpten auf, verlangten vom Betriebsrat ein Eingreifen und Wiedereinstellung Peters.

Die Empörung darüber wuchs. — Die Maschinen rannten leer. Wir riefen gemeinsam mit den Sozialdemokraten zu einer Betriebsversammlung auf.

„Das ist Arbeitsverweigerung“, tobte der Meister. Lene holt zum entscheidenden Schlage aus.

dem Streit der Packerinnen. Einige und geschlossen standen sie auf ihrer Seite.

Die Direktion saß vor Jörn. „Was, Streik? Bei uns?“ — „Wir fordern eine Betriebsversammlung!“

Der Saal war überfüllt. Der Betriebsrat gitterte vorn am Tisch. Jernkreuz wühlte man in Altem. Man leitig von vorn herab die Vorkommnisse mit.

Peter stellte sich auf einen Tisch und schrie in das Dröhnen der Klingel hinein. „Kollegen, wir sind ein Jahr lang belogen und betrogen worden.“

„Du hast hier überhaupt gar nichts zu suchen! Ihr alle nicht!“ schrie einer von vorn.

Ein langandauernder Lärm entstand. Die Klingel klang: „Ruhe! Die Versammlung wird geschlossen!“

„Wollge!“ schrie Peter in die Versammlung, verhaftete Peter und einige von uns.

Die Sipos knallten ihm den Mund zu. Dröhnend kramten wir Beifall auf Peters Werke.

Unsere rote Zelle im Werk ist auf achtzehn angewachsen. Wöchentlich begrüßt eine Zeitung die Direktion und ihre Spitzel.

Und Peter? Ist weitergezogen. In's Ruhrgebiet. „Es gibt viel zu tun“, schrieb er mir lehtin.

„Schade um die schönen Gewehre, die noch drin liegen“, lautete ein Satz.

Märzenluft weht

Aus den Erinnerungen eines Revolutionärs

1921. Hoch gingen die revolutionären Wellen. Das Proletariat hatte sich erneut erhoben.

Kampffreudige Genossen stellten sich in genügender Anzahl zur Verfügung, aber es mangelte an Waffen.

Im Hinterzimmer eines Wohnhauses saßen die führenden Genossen zu ernster Beratung beisammen.

Hastig wurde an die Tür geklopft. Genosse Fröhlich erhob sich, ging hinaus. Eine Weile blieb es still im Zimmer.

„Genossen! Meine Kundschafter haben ein Waffenlager der Reichswehr entdeckt.“

„Wollen wir nicht erst die anderen Genossen verständigen?“ warf ein Genosse ein.

Ein Drahtzaun von drei Meter Höhe umschließt einen Holzschuppen, welcher mit drei Seiten an Felder und mit der vierten Seite an einen Bach grenzt.

Der M-Letter kriecht vorsichtig hinein. Nach allen Seiten Ausschau haltend, nähert er sich vorsichtig dem Schuppen.

Im Schuppen lagern in ungeheurer Anzahl Gewehre, die so notwendig gebraucht werden.

Zwei Genossen bleiben beim Wagen. Sobald der geringste Lärm zu hören, sofort den Wagen mit den Waffen in Sicherheit bringen.

Wie Schatten verschwinden alle in der Dunkelheit. Kurz darauf erscheinen sie leuchtend unter schwacher Licht.

Genosse Fröhlich. Er überlegt eine Weile. Dann ordnet er an, daß drei Genossen mit dem vollen Wagen abziehen.

Eine Stunde später ist der Wagen zur Stelle. Alle Genossen haben sich eingefunden und bald poltern die ersten Gewehre auf den Wagen.

„Abladen!“ ruft er ganz erregt. „Ich fahre nach Hause!“

„Kein Wort mehr, oder...“ tönt es ihm drohend entgegen. Der Aufscher schied sich in sein Los.

„Zwischen fällt sich der Wagen.“ Wieder verschwinden die Genossen. Bepackt erscheinen sie wieder und streben dem Ausgang zu.

Wichtig ein Postern, dumpfes Fallen und ein unterdrückter Fluch. Der Genosse Wolter ist in einem am Boden liegenden Draht hängen geblieben.

Durch das Poltern sind die Posten aufmerksam geworden, die jetzt um den Schuppen herumkommen.

„Wer soll wohl hier hauen in der Nacht?“ — hört er den einen sagen — „es werden wohl im Schuppen einige Gewehre ungelassen sein.“

„Schon hat er den Schlüsselbund in der Hand und rafft damit am Schloße herum.“

„Lach doch“, sagt der andere, „das Wären wir am Tage besser leben.“

Langsam verschwinden die beiden. Kurze Zeit darauf erscheint der Genosse Fröhlich, vorsichtig spähend, aus dem Schuppen.

„Schnell in der Jaun gestift und im Eiltempo geht es hinter dem Wagen her.“

„Seht, Roske, wehrt dich!“

Hein Elche.

Waldenburger Bergland

Heute in Weisklein um 10 Uhr im „Deutschen Haus“:

Öffentliche Versammlung

Thema: „Die Früchte der Koalitionsregierung.“ Werttätige heraus!

Eine Korruption jagt die andere!

Stadtbaurat Rogge erhält 4000 Mark Graviervergütung.

Die Geschichte des „Waldenburger Hofes“ am Viehhäuserplatz in Waldenburg scheint noch lange nicht abgeschlossen zu sein. Die letzte Stadtratsversammlung hat wiederum mit 24 gegen 11 Stimmen 142 000 Mark in die Handlung und mit demselben Stimmenverhältnis nachstehenden Beschluss gefasst: „Die Anteile der Gesellschaft Heyler, Bergemann und Enders an der Geschäftsbau-GmbH sind ohne Entschädigung auf die Stadt Waldenburg zu übertragen. Zur Abdeckung der vorliegenden Rechnungen und sonstigen Verpflichtungen der Geschäftsbau-GmbH wird ein Betrag von 142 000 Mark bewilligt.“

Im Zusammenhang damit verbreitet die sozialdemokratische „Bergwacht“ folgende Anfrage:

„Was uns heute wundert, ist das überall auftauchende Geschäft. Stadtbaurat Rogge habe für die Überleitung beim Solibau 4000 Mark Graviervergütung bekommen. Wenn das zutrifft, dann fragen wir, woher? Dem Baurat Rogge war vom Stadtratsordnungs-Kollegium die Überleitung übertragen worden, damit er beim Bau die Interessen der Stadt wahrnimmt. Wenn man nun die haarschräuben Ueberfahrungen sieht — von denen unseres Wissens die Stadtratsordneten erst unterrichtet wurden, als nichts mehr zu ändern war — sind dann die Verdienste des Stadtbaurats beim Solibau wirklich so groß, daß er neben seinem Gehalt noch 4000 Mark extra verdienen muß?“

Eine Korruption jagt in Waldenburg die andere. Die Leidtragenden sind die werttätigen Steuerzahler. Wie lange noch werden sie sich diese Mißwirtschaft gefallen lassen?

Sozialdemokraten haben keine Veranlassung einem Erwerbslosen-Antrage zuzustimmen!

Ein Erwerbsloser schreibt uns: Am 14. d. M. fand in Ober-Schlitz die erste Gemeindevertreterwahl nach der Wahl statt. Nach den üblichen Formalitäten wurden die Gemeindevertreter verpflichtet. Dann wurde zur Wahl des neuen Gemeindevorstehers geschritten, wobei Wiederwahl des alten Gemeindevorstehers durch die Mehrheit der Bürgerlichen erfolgte. Als Schöffen wurden zwei Bürgerliche und ein Sozialdemokrat gewählt. Nach Eröffnung der Wahl des Schulverbandsvorstandes gab der Gemeindevorsteher Danke bekannt, daß ein Antrag der Erwerbslosen eingegangen war. Als erster zu dem Antrag sprach der Gemeindevorsteher: Er könne es nicht verstehen, daß die Erwerbslosen solche Anträge stellen; es sei doch durch das Gesetz für Arbeitslosenversicherung „für jeden gefragt.“ (1) und die Erwerbslosen müßten sich eben einschränken. Die Erwerbslosen hätten es nicht einmal nötig, zu bitten, denn der Antrag lautete: „Die Erwerbslosen ersuchen die Gemeindevorsteher um.“ So ging es im Brüllen der Empörung weiter gegen die „freien“ Erwerbslosen. Auch alle anderen Bürgerlichen wandten sich wütend gegen den Antrag. Man kann es ja auch verstehen, wenn man eine Aufwandsentschädigung von jährlich ungefähr 2000 Mark hat, und dabei noch eine gute Landwirtschaft besitzt, daß man da für die Not der Erwerbslosen kein Verständnis hat. Dann sprach der Sozialdemokrat Reumann, der wörtlich erklärte: Seine Fraktion habe keine Veranlassung, für Anträge zu stimmen, die von einer Partei systematisch zu Agitationszwecken gestellt

werden. Also, ihr Erwerbslosen, da habt ihr's, eure Anträge sind Agitation. Dem Sozialdemokraten Reumann sagen wir, daß diese Anträge in einer Erwerbslosenversammlung aufgestellt worden sind, und nicht von einer Partei. Warum hat die SPD nicht eigene Anträge für die Erwerbslosen eingebracht, wenn sie für diesen Antrag nicht stimmen wollte? Dessen Phrasen waren es, mit denen die SPD vor der Gemeindevahl die Erwerbslosen eingeleitet hatte, indem sie ihnen versprach, für sie einzutreten. Nicht einmal soviel Interesse brachte die SPD für die Erwerbslosen auf, um zu fordern, daß der Antrag als Dringlichkeitsantrag behandelt werden sollte. Als einziger brachte es der Sozialdemokrat Vanger, weil er schon selbst einmal das Arbeitslosenversicherungsgesetz zu sparen bekommen hat, fertig, den Bürgerlichen zu sagen, daß es doch nicht so schlimm sei, erwerbslos zu sein, als wie man es hinstellt. Nachdem man noch ziemlich viel über die „arbeitslosen“ Erwerbslosen geredet hatte, wurde der Antrag dem Wohlfrat auszusprechen überlassen. Es braucht sich kein Erwerbsloser darauf verlassen, etwas zu erhalten, es sei denn, daß er überhaupt keine Unterstützung erhält. Wir rufen den Erwerbslosen, sich mehr an den Gemeindevertreter-

Gottesberger Hungeretat angenommen

SPD. und Bürgerliche Arm in Arm. — Angst vor der Öffentlichkeit. — Für den Magistrat ist alles in bester Ordnung.

Nachdem in der vorletzten Sitzung des Gottesberger Parlaments der Hungeretat abgelehnt worden ist, haben diesmal die Bürgerlichen im Verein mit der SPD. dem Zwangsetat zugestimmt, trotzdem die Steuerfäge bedeutend höher sind als im Vorjahr. Um aber im geheimen Kuhhandel über die Festlegung der Steuerfäge zu können, beschloßen die Bürgerlichen und die SPD, die Öffentlichkeit auszuschließen. Genosse Ulrich protestierte scharf dagegen. Die Weiterführung der Kinder- und Altersversicherung sowie die Ausgabe von Frischmilch soll unverändert bleiben. Genosse Ulrich setzte sich warm dafür ein, denn bei den Vermögens der Armen kann doch wohl nicht zu sparen angefangen werden, wie es die bürgerlichen Vertreter wünschten. Eine Nachbillion von 700 Mark für Heizmaterial der Volksschulen wurde genehmigt. Nachdem schon einmal die Stadtratsversammlung 2000 Mark (mit Ausnahme der Bürgerlichen) für Hilfsbedürftige sowie die Bereitstellung eines Versammlungssaales für Erwerbslosen beschlossen hat, vom dem fürsorglichen Magistrat mit feiner SPD. Mitglieder aber abgelehnt wurde, wurde erneut darüber verhandelt. Genosse Ulrich brandmarkte das Verhalten des Magistrats und beantragte die Bereitstellung von Mitteln. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für Annahme, die Bürgerlichen waren dagegen. Der Genosse Schubert referierte nochmals über die Löhne für die Notstandsarbeiter im Stadtfeld und beantragte Bezahlung nach dem Gemeinde- und Staatsarbeitertarif. Würfel von den Bürgerlichen jammerte über die „hohen Löhne“ (?), worauf ihm Genosse Schubert erwiderte, daß die Arbeiten rentabel sind und den Arbeitern nicht zugewendet werden kann, für wenig Geld sich die Knochen abzujuden. Die Bezahlung nach dem Gemeinde- und Staatsarbeitertarif wurde ohne die Stimmen der Bürgerlichen beschlossen. Die Stoffpreise wurde dem Altertumsmuseum in Breslau überwiesen, bleibt aber Eigentum der Stadt. Eine längere Debatte entstand wegen dem Weglassen der Schneemaschinen. Genosse Ulrich forderte, daß nun endlich die Straßen geäubert werden, denn die Stadt bietet in diesem Zustande ein schreckliches Bild. Der Bürgermeister will nur die Hauptstraßen säubern lassen, und den übrigen Dreck soll die Sonne (vielleicht auch der Mond) beseitigen. 2900 Mark sollen vorläufig genügen, 700 Mark wurden für die Renovation des vom Lehrer Rimmermann bewohnten Hauses in Kuhlau bewilligt. Genosse Schubert hält diese Summe für zu hoch, denn die städtischen Arbeiterwohnungen, die miserabel beschaffen sind, werden ja gar nicht renoviert, oder es werden höchstens 15 bis 30 Mark dafür

Angaben zu berücksichtigen, da werden sie feststellen können, daß sich die Sozialdemokraten nicht besonders um den Bürgerlichen unterhalten. **Altstößer.** Endlich proletarische Theaterkunst! Seit Jahr und Tag war es dem Klassenbewußten Proletariat Waldenburger nicht möglich, Theater zu besuchen, ohne irgendwie Bürgerlich angeblich zu werden. Dieser Zustand fand bei der Märzgesellschaft durch die „Rote Revue“ der „Kommer“ am Freitag sein Ende. Hier wurde eine proletarische Darstellungskunst gezeigt. Der erste Teil, der historische Begebenheiten von 1818—1828 behandelte, sowie die politische heitere Satire machten dem Leiter wie der gesamten Truppe alle Ehre. Trefflich wurde die Tätigkeit der Bürgerlichen wie sozialdemokratischen Presse dargestellt, glänzend die Panzerkreuzer- und Bahretal-Frage glosiert. Zusammengefaßt klare Aussprache und gute Mimik bewiesen die Beherrschung des Stoffes bei allen Teilnehmern der Truppe. Nicht erdenklicher Beifall des vollbesetzten Hauses belohnte die Darsteller. R. P.

Freiburg

Golzarbeiter, heraus zur Wahl!

Am Freitag, dem 22. März, um 16,30 Uhr und um 20 Uhr, findet im Gasthof „Zum weißen Rößl“ die Wahl zum Verbandsrat statt. Für die Mitglieder, welche im Betrieb 2 der Uhrenfabrik arbeiten, findet die Wahl im Betrieb von 12—12,30 Uhr statt.

veranschlagt. In der Schützenstraße sollen zwei Häuser gebaut werden. Genosse Ulrich verlangt die richtige Mittel, damit sie auch zu bezafen sind. Dann gab der Bürgermeister eine laudenschwarme Erklärung auf die Anfragen der kommunistischen Fraktion. Diese Anfragen lauten:

1. Ueber den Verlauf eines Schweines im städtischen Krankenhaus. 2. Ueber eine angebliche Reise des Herrn Bürgermeisters nach Tübingen betreffend eines Schulhaus-Reubaus, welche angeblich einschließlich einer Zeichnung 11 000 Mark gekostet haben soll. 3. Wie hoch belaufen sich die Reiselosten des Herrn Bürgermeisters nach Breslau und Waldenburg zum Hindenburg-Empfang? 4. Wie hoch sind die Kosten für den Umbau des Feuerwehrdepots und inwieweit entsprechen die Angaben des „Gottesberger Wochenblattes“ vom 28. 1. 1929 betreffend mehrmaligem Umbau des Depots den Tatsachen?

Gottesberg, den 31. 1. 1929.

Wir bitten, in der Stadtratsversammlung Aufklärung zu geben:

1. Inwieweit ist die Befehung der Neubaubehaltung Schützenstraße, Hof 69, welche im „Gottesberger Wochenblatt“ ausgeschrieben war, ohne Berücksichtigung der Wohnungsuchendenliste vor sich gegangen? 2. Entspricht es den Tatsachen, daß im Grundstück Braustraße, Herrn Stadtratswürfel gehörig, eine freigelegene Wohnung ohne Zuweisung unter Ausschaltung des Wohnungsamtes vergeben worden ist und dadurch überteuert wurde?

Gottesberg, den 11. 2. 1929.

In der am 14. 2. 1929 stattfindenden Stadtratsversammlung ersuchen wir um Auskunft über folgende Anfragen:

1. Inwieweit ist die Befehung der Neubaubehaltung Schützenstraße, Hof 69, welche im „Gottesberger Wochenblatt“ ausgeschrieben war, ohne Berücksichtigung der Wohnungsuchendenliste vor sich gegangen? 2. Entspricht es den Tatsachen, daß im Grundstück Braustraße, Herrn Stadtratswürfel gehörig, eine freigelegene Wohnung ohne Zuweisung unter Ausschaltung des Wohnungsamtes vergeben worden ist und dadurch überteuert wurde?

Reichlich vier Wochen hat der Bürgermeister Zeit gehabt, um die Antwort zu überlegen. Nach seiner Darstellung ist alles in bester Ordnung, trotzdem wird der Einwohnerchaft keine richtige Aufklärung gegeben, denn die Bürgerlichen und SPD. lehnen eine öffentliche Verhandlung über diese Fragen ab. Als getränkte Lebermutter gab der Zigarrenfabrikant und SPD.-Magistratsmitglied Bänig über seinen „erschlichenen“ Stadtratsposten eine Erklärung ab, wonach er „ganz unschuldig“ in dieses hohe Amt gekommen sei, was aber der Genosse Ulrich treffend widerlegte. Zu seiner weiteren sozialdemokratischen Ausbildung (als Projektant und Justizminister) hat Bänig einen Straftrag gegen die Genossen Ulrich und Schubert gestellt, damit vielleicht seine sozialdemokratische Ehre gerettet wird und er herrlichen Zeiten entgegengehen kann.

Sagan

Zum 1. Mai. Unser gestriger Artikel, der sich mit den Vorbereitungen der Fete des 1. Mai befaßte, ist durch ein Versehen unter der Rubrik „Östlich“ veröffentlicht worden.

Glogau

Die Schließung der Eisenbahnwerkstätte ist endgültig. Der Reichspräsident, der angerufen wurde, hat mitteilen lassen, daß er außerstande sei, in diesem Falle der Stadt zu helfen. — Die Unentwegten die auf einen Nachspruch des Herrn Hindenburg gehofft haben, sehen nun, wie lächerlich solche Hoffnungen sind. Die Hilfe des Reichspräsidenten beschränkt sich darauf, bei kinderreichen Familien ab und zu den Paten zu machen, weil doch die Tradition hochgehalten werden muß.

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 21. März, 10.30: Schmitt Rupprecht und Lehrer Seige: Eine Wanderung durch die Barischiederung. • 15.35: Bühnenschauspiel: Neue russische Erzähler. • 16: Jugendstunde. Wie sind unsere Jugendherbergen eingerichtet? Ein Gespräch: E. Hoffmann-Austberg, U. Lauterbach, Eva Renate Bratorius, Dr. Wenzel. • 16.30: Unterhaltungsmusik, Kapelle Charles Komad. • 17.50: Dr. Gerakemohl: Richtiges Sprechen: mirkame Rede. • 18.15: Fr. Böhmke: Vom Ballett zum neuen Tanz. • 18.40: Caritasdir. Schäfer: Aus der Welt der freien Wohlfahrtspflege. • 19.10: R. Vogel: Feldverfahren in der Inoalidenerziehung. • 19.35: Englische Lektüre. • 20: Uebertragung aus dem Reichstag Berlin: Öffentliche Rundgebung zum ersten Deutschen Tag des Buches. Anreden: Minister des Innern C. Severing, Dr. Wehmann, Dr. F. c. Diederichs, M. v. Molo, Prof. Anna Siemsen. • 21.30: Kompositionen für Salonorgel von G. B. Clemus: Wäbels und Burchen, kindliche Scene; Burlesque militaire; Im Herbstrausch; Burlesque fantastique; Barberina, Tanzjense. Ausf.: Funkkapelle. • 22.30: Tanzmusik. Funk-Tanzorchester. • 0.30: Nur für Breslau: Nachkonzert der Soldaten der Funkkapelle.

Freitag, 22. März, 16: Frieda Weismann und E. v. Wiese: Warum und zu welchem Zweck bespricht man Bücher? • 16.30: Kammerkonzert. Brahms: Sonate in G-dur für Bialine und Klavier. — Smelana: Söhndchen; Polka in E-dur. — Schubert: Quintett in C-dur. Ausf.: Fr. Maxhalek (Klavier), E. Grabe (1. Violine), M. Krenzel (2. Violine), Fr. Janz (Bratse), C. Beder (1. Cello), C. Rau (2. Cello). • 18: E. Fröhlich: Wer mag die erste Frühlingwanderung. • 18.15: Dr. Gerakemohl: Deutsche Arbeiterbewegung. • 18.40: Domkapellmeister Dr. Waigle: Choral als liturgisch-musikalisches Kunstwerk. • 19.10: Marianna Bruns, Dr. Milch, Marianna Kub, Alex. Künze: Wie ist es? — Warum liest du nicht? • 19.50: Liebeslieder: Hugo Wolf, Maria Koffi (Sopran). • 20.20: Es gibt Dinge zwischen Himmel und Erde. — Funkhaltung von Fr. B. Wilhoff und Fr. J. Engel. • 20.40: Gleim: Mired Bildes. Dargestellt vom heiteren Oberstleut. Funkquartett. • 22: Reichstanzmusik.

Sonntag, 23. März, 15.45: Hausfrau und Lehrfrau. Ein Zwiegespräch: Elise Hoffmann, Elise Schöb. • 16.15: Funkkapelle: Unterhaltungsmusik. • 17.45: Dr. Hamburger und G. M. Pimmann: Die Filme der Woche. • 18.25: Esperanto. • 18.35: Sanitätsrat Dr. Kasper: Modelauren und Hygiene. • 19: Landrat Sperling: Niederösterreichische Grenzvertrände. • 19.25: Gleim: Landrat Dr. Schmidt: Grenznot und Grenzarbeit oberösterreichischer Landstraßen. • 19.50: Vier junge Menschen unterhalten sich über die Zeit. Es sprechen: Eine Arbeiterin, eine Beamtin, eine Studentin und eine Handlungsgehilfin. • 20.15: Feitler Abendmusik: Promenadenkonzert in Alt-Wien. Joh. Strauß d. Äl.: Radeky-Marsch. — Suppe: Dvo. — Ein Morgen, ein Mittag, ein Abend in Wien. — Joh. Strauß: Accelerationen, Walzer. — Joh. Strauß: Bayernpölla: Bürgerinn, Walzer; Vierquadrille; Joh. Desterre, March. — Schenk: Dvo. zu „Der Dorfbarbier“. — Joh. Strauß: Frauenherz. Polka-Mazurka. — Bobdach: Im Rablenbergdorff. Polka-frantale. — Joh. Strauß: Seid umhüllenden Millionen. Walzer. Freiwillige vor. Marsch. Ausf.: Schlei. Philharmonie. • 22.30: Berlin: Langmuß.

Niederschlesien

Görlitz

Zum Behrprogramm der SPD.

Um von vornherein keine Irrtümer aufkommen zu lassen: Es handelt sich hier nicht etwa um irgendeine Broschüre, wie vielleicht um die von der Polizei in der letzten Zeit wegen ihres revolutionären Inhalts vielgesuchte Druckschrift „Zum Behrprogramm der Komintern“. Wir nehmen heute nur die Gelegenheit, uns mit internen Vorgängen in der Görlitzer SPD. zu beschäftigen — und Vorgänge in der SPD. sind bekanntlich weder staatsgefährdend, noch revolutionär. Am vergangenen Mittwoch, dem 13. März, fand im Konzerthaus die Fortsetzung der Aussprache über das „Behrprogramm“ der SPD. statt. Wenn man den guten Leuten auf der Putzstraße Glauben schenken könnte, dann würde bei diesen Aussprachen — abgesehen von „kleinen“ Differenzen — alles in brauner Butter sein. Daß dem nicht so ist, das beweisen einige Mitteilungen aus dieser Versammlung, die uns der bekannte „günliche Wind“ zuwehte. Es ist durchaus kein Wunder, daß Laubadel sowie auch der „linke“ Buchwiz auf das Entschiedenste für das Behrprogramm sich einsetzten. Baumgart, der Verantwortliche der „Vollzeitung“, hielt das Korreferat, nicht etwa, weil er gegen das Behrprogramm ist — i, bewahre —, er ist durchaus staatsbejahend eingestellt, nur als religiöser Sozialist ist er gewissermaßen passiv. Deshalb macht er in „Opposition“. Bei der Debatte kam es zu einigen kleinen Liebenswürdigkeiten der Jungen untereinander. Buchwiz warf dem Passivisten Baumgart vor, daß er sich mehr wie notwendig mit deutschnationalen Redebrettern zusammenzettel (scheinbar werden da manchmal die Kammitrippe verwechselt, das ergibt dann erst die richtige „Arbeitsgemeinschaft“). Baumgart's Freund Gründer ging sofort zur Verteidigung seines Kampels vor und machte Buchwiz den Vorwurf, daß er enge persönliche Beziehungen zu deutschnationalen Abgeordneten unterhalte (auch das ist nichts Neues, wer die Parlamentsdebatten und abstimungen verfolgt, erkennt die Beziehungen der Sozialdemokraten zur Reaktion auch ohne weitere Hinweise). Die Konsequenz der „Vollzeitungs“-Chefredakteur seine „Opposition“ gegen das Behrprogramm betreibt, geht recht deutlich daraus hervor, daß er in der von ihm verantwortlichen geleiteten Nummer 58, vom 9. März, einen überzeugenden Leitartikel für das Behrprogramm vom Stapel läßt. Da der Artikel nicht als aus anderer Quelle stammend gekennzeichnet ist, muß man still schmunzelnd feststellen, daß Freund Baumgart sich mit jeltener Tapferkeit hier selbst beschützt. Warum also das ganze Theater, wenn schon heute vor aller Augen Harig ist, daß sich diese „Brüder in Christo“ trotz ihrer Schein-Opposition vollkommen einig sind? Auch darüber gab der Vorstand der Versammlung Ausschluß. Innerhalb der Mitgliedschaft der SPD. soweit diese noch sozialistisch fühlt, bricht sich das lange von den Opportunisten umhüllte Däumelbrot Bahn. Scharfer noch als bei der Panzerkreuzer-Debatte macht sich eine Klut bemerkbar, die zwischen der SPD.-Führung und einem Teil der Mitgliedschaft immer größer wird. Tagtäglich bei den Diskussionszusammenkünften revolutionären und sozialdemokratischen Arbeitern, im Betriebe, auf der Stempelstraße, kann man erfahren, daß im Gegensatz zu der weitläufigen Rechtsprechung, zu dem neuerlichen unverhüllten Berrat der SPD.-Führung in der Frage der Behrpolitik, ein großer Teil sozialdemokratischer Arbeiter sich offensichtlich noch links entwickelt. Diese Arbeiter sind auf dem Wege, das ganze „Oppositions“-Theater ihrer „linken“ Führer zu durchschauern — und der unvermeidliche „rechtzeitige“ Anfall dieser „linken“ wird diesen Weg der langsam zur einzigen revolutionären Arbeiterpartei, zur SPD. führen muß, noch ganz erheblich verkürzen. Am schärfsten war die Stellungnahme der SAJ auf dieser Versammlung der Görlitzer SPD.

gegen das Behrprogramm. Für diese Einstellung, die einem gesunden proletarischen Gefühl entspricht, mußten sich die Genossen von der SAJ allerdings eine gemaltige Strapazie vom Reichsbannerhauptling Alkiernt — also aus „berufenem Munde“ — halten lassen. Dieser spakige Republikshüter hat die SAJ, besonders deshalb im Magen, weil sie seinerzeit gegen die Aufnahme der Reichsbanner-Jugend ins Proletarische Jugendpartei gestimmt hatte. Er vertiefte sich in seiner verständlichen Wut gegen die SAJ, sogar soweit, daß er ankündigte, in Zukunft dürfen Vertreter der SAJ überhaupt nicht mehr an Parteiversammlungen teilnehmen. Ihm stand dabei als treuer Sekundant der „linke“ Buchwiz zur Seite, der dem Jugendvertreter den Rat gab, erst einmal die Nase ins Buch zu stecken. Damit dürfte Buchwiz sich und seinen Freunden einen Vordienst erwiesen haben. Wenn die Genossen von der SAJ sich die Schriften von Marx, Engels, Lenin u. a. vornehmen, dann werden sie nicht nur in ihrer heutigen Stellungnahme bekräftigt, sondern sie werden sehr bald dazu kommen, noch einen Schritt weiterzugehen, und sich von der SPD. dieser Partei des Klassenberrats, trennen, um sich der Partei des Klassenkampfes, der Kommunistischen Partei, anzuschließen.

Behrprogramm und Konordat, das sind zwei Dinge, die geeignet sind, jedem Arbeiter das wahre, unterhüllte Gesicht der SPD. zu zeigen. Da helfen auch alle Verleumdungen, Lügen und Erfindungen gegen die Kommunistische Partei und gegen die Sowjetunion nichts. Der Weg der Klassenbewußten Arbeiter geht nach links, zur SPD.

Aus der Arbeiterbewegung. Der Kraftsportverein marschiert mit seinen Leistungen an der Spitze der Görlitzer Sportbewegung. Die öffentlichen Veranstaltungen, insbesondere die Vorläufe, bilden ein Ereignis. Der Kreis-Artisten-Bettreist des ADND, Kreis Schlesien, der am Sonnabend, dem 16. März im Konzerthaus angetreten wurde, zeigte das Können und Vorwärtsstreben der Arbeiteropereller auf diesem Gebiet. Das reichhaltige Programm brachte gute, zum Teil sehr beachtliche Leistungen. Der Trapes-Alt 2 Cellini (P.S. Görlitz) sowie der kometierte Luft-Alt 2 Richards (P.S. Görlitz) erregten allgemeines Interesse. Die zwei Exzentriker Kurti Kari (Artisten-Vereinigung Hoffnung, Berlin) leisteten Erstaunliches. Bei der Beurteilung der Gesamtleistungen wurde ihr Ausreten an erster Stelle bewertet.

Im Kreis-Bettreist sind Sieger: 2 Cellini, 1. P.S. Görlitz, Trapes-Alt: zwei Heros, 2. Breslau, Balance-Alt: zwei Richards, 2. P.S. Görlitz, Leiter-Arrobaten; Hebrich, 4. Artisten-Vereinigung Union Siegnitz, Komiker; Ender, 5. Artisten-Vereinigung Union Siegnitz, Hamoritz; Redue, 6. Artistenvereinigung Union Siegnitz, Zeichen-Artist.

Legnitz

Die Hoch-erregung. Die Kubach ist nicht mehr erheblich gestiegen. Eine größere Gefahr durch Hochwasser besteht nicht mehr. Während der Müßiggaben noch völlig zugefressen ist, war die Schwärze am Sonntag schon fast eisig. Das Schwarzwassertrub ist überflutet. An den Rändern steht man in besser noch erhebliche Eisdecken. Die Schwärze hat noch am Freitag und teilweise auch noch am Sonnabend Sitzung gehabt. Die Eisglocken sprangen die Ketten, mit denen die Fichläßen der in der Uferstraße wohnenden Fischer befestigt waren, und trieben die Kästen, die vielfach befestigt wurden, ab. Die Badeisprungungen der letzten Tage haben sich als unangebracht erweisen.

10

billige Volks-Tage

von Mittwoch, den 20. März
bis Sonnabend, den 30. März

Es ist geradezu unglaublich, was wir diesmal zu unseren Volks-
tagen wieder bieten! Maßlos billig sind diese guten Schuhe,
deren regulärer Preis ein weitaus höherer ist.



Schwarze Leder-Spangen-
Schuhe für Damen, in vielen
Ausführungen, mit geschweif-
tem u. amerikanischem Absatz



Feinfarbige Leder-Spangen-
Schuhe für Damen, sehr
schöne Modelle, mit fran-
zösischem u. Trotteur-Absatz

Damenstrümpfe

Prima Moko, mode, grau und schwarz 95
extra gut verstärkt
Künstliche Wäsche, gute, halbbare
Qualität in vielen Farben 165

Klausner Schuh-Elage

Ring 22

1.-3. Stock
Fohrstuhl

Vereinigte Theater Das Geld Ist Knapp

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 16. 8.
bis Sonnabend, den 23. 8.
täglich 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Finden Sie, das Constante
sich richtig verhält?
Komödie von
W. Somerset Maugham
Dienstag, 19. 8., 18.30 Uhr
(Geschlossene Schüler-Vor-
stellung für den Magistrat
der Stadt Breslau)
Minna von Barnhelm

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 16. 8.
bis Sonnabend, den 23. 8.
täglich 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Dreimal Hochzeit
Ein Heupoker Schwant
von Anna Nichols
Dienstag, 10. 8., 15.30 Uhr
Zu kleinen Preisen!
Nathan der Weise

Bei mir erhalten Sie
gegen bequeme
Teilzahlung
recht und preiswert
Damenmäntel
Heller
Kostüme
Röcke
Blusen
Herrenanzüge
Sportanzüge
Hosen
Herrenmäntel
Konfirm-Anzüge
Luruschuhe
Arbeitschuhe
Bettstellen, eis-
t. Mhd. u. l. Erw.
Matratzen
Federn
Bettvorzüge
Bettdecken
Eilwäse für
Damen u. Herren
Oberhemden
Krisotagen
Pullover
Madras-Gardin
Eilt-Gardin
Geppche
Säuerstoffe
Linoleum
Schirme
Korbmöbel
Fahräder
Nähmaschinen
Kinderwagen
Puppenwagen
Sprechapparate
Schallplatten
Geigen
Mandolinen
Läuten
Sitarren
Zithern
Ziehharmonikas

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Dienstag, 20. Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 15
Die tolle Helena
Mittwoch, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 15
Der Glöckner
Donnerstag, 20. Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 15
Der Kieglende Holzkünder
Freitag, 20. Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 15
Der Wäcker von Sanjames
Hierauf: Ballettsuite von Reger
Sonnabend, 20. Uhr
Die tolle Helena
Sonntag, 11.30 Uhr
Vormittags-Veranstaltung zu ermäßigten
Preisen (Gr. 1)
Gastspiel der Bauhaus-Bühne, Dessau
Lang - Pantomime - Stetsch
Sonntag, 19. Uhr
Erstaufführung **Herr Jagor**
von Borobin

Schauspielhaus

Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36800
Montag bis Freitag
20 Uhr
Zu vollstänl. Preis.
Gastspiel
EDITH KARIN
**Eine Nacht
in Sairo**
Sonnabend, 20. Uhr
Gastspiel
KLARA KARY
vom „Theater am
Kollendorffplatz“
Berlin
Zum ersten Male!
Seitchen
Geberl
Musik v. Walt. Koll's

Nützliche Bekanntmachung von Breslau

Für die Zeit vom 1. April 1929 bis
31. März 1930 soll die Lieferung des
Bedarfs von
a) dauerpasteurisierter Vollmilch für die
Breslauer Schulen in 1/2-Liter-
Flaschen
b) tiefgekühlter Vollmilch für den Küchen-
bedarf
vergeben werden.

Die Lieferungs-Bedingungen sind gegen
Zahlung von 1.- RM. beim städtischen
Jugendamt, Oplauer Straße 44, zu be-
liehen.
Verschlossene Angebote mit der Auf-
schrift: „Milklieferung für die Breslauer
Schulen“ sind bis zum 25. März 1929
beim unterzeichneten Amt abzugeben.
Breslau, den 12. März 1929.
Städtisches Jugendamt



Drei gute Dinge

sind's, die wir an „Blauband, frisch gekirnt“ so schätzen,
sagen erfahrene Hausfrauen:

**Der frische, naturreine Geschmack,
der gleiche Nährwert wie bei Butter und
der halbe Preis.**

Da ässt sich's wirtschaften. Das halbe Pfund kostet nur 50 Pt.



Zurückgeft. Kinderwagen, soweit
d. Vorrat reicht, zu herabg. Preisen
Mohn, Korbmachermeister
Jauer, Vorwerkstrasse 35

Fleisch- und Wurstwaren-Fabrik
Gerhard Hentschel
Lauban i. Schl. Telephon 233
Frühstückstube

**Partei-
genossen!**
Beachte!
bei allen Einkäufen
immer nur unsere
Inserenten!

Sehrall erhaltend

Quabis-Brot
macht Wangen rot

Sehrall erhaltend